

[Startseite](#) > Der Beratungsausschuss präsentiert den Beschäftigungsdeal: gemeinsam die Herausforderung der Mangelberufe angehen.

Pressemitteilung
30 Mai 2018

Der Beratungsausschuss präsentiert den Beschäftigungsdeal: gemeinsam die Herausforderung der Mangelberufe angehen.

Der Beratungsausschuss präsentiert den Beschäftigungsdeal: gemeinsam die Herausforderung der Mangelberufe angehen.

C. Verthémen type C. Verthémen

Auf Initiative von Premierminister Charles Michel und des föderalen Arbeitsministers Kris Peeters hat der Beratungsausschuss im Hinblick auf die Zusammenarbeit und mit Respekt vor den verschiedenen Zuständigkeiten eine Einigung über die Notwendigkeit erzielt, die Herausforderung der Mangel- bzw. Engpassberufe anzunehmen und die freien Stellen zu besetzen.

Unser Arbeitsmarkt entwickelt sich günstig. In den vergangenen drei Jahren sind 185 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Zwischen dem vierten Quartal 2016 und dem vierten Quartal 2017 stieg unsere Beschäftigungsquote um 1,3 %. Das Föderale Planbüro erwartet, dass bis 2023 etwa 240 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zugleich waren im vierten Quartal 2017 134 570 Stellen frei, was 3,37 % entspricht. Der Prozentsatz freier Stellen in der EU28 beträgt 2 %. Belgien hat demnach den höchsten Prozentsatz an freien Stellen in der Eurozone. Die Schwierigkeit, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, kann deshalb die Investitionen und folglich das Wirtschaftswachstum in Belgien abbremsen.

Der Beratungsausschuss will dagegen etwas tun und nennt dafür drei starke Argumente:

- ? Alle Regierungen müssen **die Schaffung von Arbeitskräften in den Mittelpunkt ihrer Prioritäten stellen**, weil dies die einzige Methode ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und allen Bürgern weiterhin einen qualitätsvollen sozialen Schutz zu garantieren.
- ? Der **soziale Dialog** ist die beste Methode, die Bedürfnisse der Unternehmen und die Erwartungen der Arbeitnehmer auf Branchen- und Unternehmensebene aufeinander abzustimmen.
- ? Das Verantwortungsgefühl der verschiedenen Zuständigkeitsebenen einerseits und der gemeinsame Wille, den sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung zu verwirklichen andererseits, erfordern eine **effiziente Zusammenarbeit** zwischen den Zuständigkeitsebenen, unter Beachtung ihrer jeweiligen Befugnisse.

Auf der Grundlage dieser Feststellungen hat der Beratungsausschuss eine Einigung auf vier Pfeiler erzielt:

- ? bessere Orientierung der staatlichen Politik;
- ? Rolle der Vermittlungs- und Bildungsbehörden;

- ? Rolle des Unterrichtswesens und der Bildungsbehörden (und insbesondere das duale Ausbildungssystem);
- ? Rolle der Sozialpartner.

Alle Regierungen werden auf zehn prioritären Pisten zusammenarbeiten, um die Problematik der offenen Stellen in Angriff zu nehmen:

- ? eine zukunfts- und investitionsorientierte Strategie;
- ? mehr Praktikumsmöglichkeiten;
- ? stärkere Partnerschaften zwischen den Betrieben und dem Unterrichtswesen;
- ? ?

Premierminister Charles Michel freut sich über dieses gemeinsame Vorhaben: *Die Knappheit auf dem Arbeitsmarkt nimmt durch das sehr arbeitsintensive Wirtschaftswachstum, das zur Schaffung von zahlreichen neuen Arbeitsplätzen führt, weiterhin zu. Um diesen Mangel zu beheben, ist es wichtig, dass die verschiedenen Zuständigkeitsebenen ihre Kräfte bündeln, über die Parteigrenzen hinweg, mit einer gemeinsamen Initiative und Verantwortung der politischen Entscheidungsträger, der Sozialpartner, der Arbeitgeber, des Unterrichtswesens und der Arbeitsuchenden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen steht im Mittelpunkt unserer Prioritäten und ist die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und jedem Bürger eine gute soziale Sicherheit zu garantieren.*

Der föderale Arbeitsminister Kris Peeters ist ebenfalls erfreut über diesen ersten Schritt: *Die staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen müssen kohärent sein und sich gegenseitig verstärken. Der soziale Dialog ermöglicht es, die Bedürfnisse der Unternehmen und die Erwartungen der Arbeitnehmer auf Branchen- und Unternehmensebene miteinander zu versöhnen. Der soziale Dialog muss für passende Antworten sorgen. Der soziale Dialog bildet deshalb eine solide und kreative Grundlage, um die notwendigen Reformen erfolgreich abzurunden.*

Technische Arbeitsgruppen haben den Auftrag erhalten, konkrete Vorschläge auszuarbeiten, um diese Vereinbarung auszuführen und damit die Problematik der offenen Stellen in Angriff zu nehmen.

Quell-URL: <https://archive.premier.be/de/der-beratungsausschuss-pr%C3%A4sentierte-den-besch%C3%A4ftigungsdeal-gemeinsam-die-herausforderung-der>